

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

29.1.1888 (No. 29)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 29. Januar.

Nr. 29.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 28. Januar.

Ueber die politische Situation liegt heute eine Erklärung von authentischer Seite vor und man wird es mit lebhafter Genugthuung begrüßen, daß diese Erklärung durchaus geeignet ist, die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens zu verstärken. Der ungarische Ministerpräsident Koloman Tisza beantwortete heute im Abgeordnetenhaus die in Bezug auf die auswärtige Lage gestellten Interpellationen. Es geht uns darüber aus Pest folgendes Privattelegramm zu:

Bei Beantwortung der von Pelsy und Perczel eingebrachten Interpellationen äußerte sich Ministerpräsident Tisza über die politische Lage in hochinteressanter Weise, indem er namentlich die Bündnistreue der Vertragsmächte nachdrücklich betonte. Der Ministerpräsident schloß seine Ausführungen damit, daß er sagte: Da auch von maßgebender Stelle in Rußland die friedlichsten Absichten verkündet werden, so können wir, indem wir zugleich die Lebensinteressen der Monarchie wahren, trotz mancher zur Zwietracht und zum Kriege treibenden Elemente hierauf die Hoffnung gründen, daß es den friedliebenden Monarchen und Regierungen gelingen werde, den Frieden zu erhalten und Europa von dem schwer auf denselben lastenden Gefühle der Unsicherheit zu befreien. Die Erklärungen Tisza's wurden mit großem Beifalle aufgenommen.

Ferner wird aus London gemeldet, daß der „Daily Telegraph“ heute der deutschen Wehrpflichtvorlage einen Artikel widmet, in welchem er auf die Bedeutung dieser Vorlage als eines Schutzmittels gegen die Kriegsgefahr hinweist. Der telegraphische Auszug aus dem Artikel des Londoner Blattes lautet: „Daily Telegraph“, die deutsche Wehrpflichtvorlage besprechend, sagt, jede Vermehrung der Militärmacht Deutschlands dürfe von dem übrigen Europa sicher als eine weitere Friedensbürgschaft betrachtet werden, denn der erleuchtete Monarch und der weise Staatsmann, welche Deutschlands Politik leiten, hätten während der letzten 17 Jahre unzählige Beweise ihrer friedlichen Gesinnungen gegeben. Die Deutschen seien lediglich vorbereitet, das Ihrige nach besten Kräften, gleichviel mit welchen Opfern an Blut und Gut, zu vertheidigen. Es müsse zugegeben werden, daß ihre patriotische Bereitwilligkeit in dieser Hinsicht Bewunderung verdiene.

Wochen-Rundschau.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin wohnten am Sonntag der Feier des Krönungs- und Ordensfestes im königl. Schlosse in Berlin bei. Der Kaiser nahm im Laufe der Woche namentlich viele militärische Meldungen, sowie eine größere Anzahl von Vorträgen entgegen. Unter den von Allerhöchstdemselben empfangenen Personen befand sich am Montag auch der aus Rom eingetroffene Fürstbischof von Breslau, Dr. Kopp, welcher darauf auch von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen wurde. Am Donnerstag fand bei den kaiserlichen Majestäten eine größere Abendgesellschaft statt und heute gebrachte der erlauchte Monarch die im Frühjahr in die Armee eintretenden Kadetten sich vorstellen zu lassen.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin empfingen am Mittwoch in Karlsruhe den Besuch Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin von Bourbon, Höchstwelche einige Stunden bei den Großherzoglichen Herrschaften verweilte und darauf nach Baden-Baden zurückkehrte. Am Freitag Mittag fand bei Ihren königlichen Hoheiten wieder größere Empfang der Hofgesellschaft statt. An demselben Tage weilte auch der kaiserliche Statthalter in den Reichsländern, Seine Durchlaucht Fürst Hohenlohe, als Gast des Großherzoglichen Paares in Karlsruhe.

In San Remo feierten am Mittwoch Ihre kaiserlichen Hoheiten der Deutsche Kronprinz und die Kronprinzessin den Jahrestag Höchsther vor 30 Jahren geschlossenen Vermählung. Die deutsche Kolonie in San Remo brachte dem erlauchten Paare begeisterte Huldigungen dar, die mit einem glänzenden Feuerwerk vor der Villa Jirio und einer Illumination des Ortes ihren Abschluß erreichten. Auch am Freitag wurde ein Familienfest im kaiserlichen Hause gefeiert; der Geburtstag Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm. Der Prinz wurde aus diesem Anlaß von Seiner Majestät dem Kaiser zum Generalmajor ernannt und ihm das Kommando der zweiten Garde-Infanteriebrigade übertragen.

Wichtige Vorlagen befanden sich auf der Tagesordnung der am Donnerstag abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrathes, namentlich der Gesetzentwurf wegen Aufnahme einer Anleihe zu Militärzwecken, Beschluß-

fassung hinsichtlich des bürgerlichen Gesetzbuches und der Meißbegünstigungsvertrag mit Paraguay. Der Anleihenentwurf und dem Verträge mit Paraguay wurde zugestimmt und bezüglich des bürgerlichen Gesetzentwurfs die Veröffentlichung des in erster Lesung festgestellten Entwurfs nebst Motiven beschlossen. Außerdem beschäftigte der Bundesrath sich mit der Zollbehandlung mehrerer Gegenstände und mit Petitionen wegen Herstellung einer subventionirten Postdampferverbindung nach Sanibar.

Der Reichstag erledigte am Dienstag und Donnerstag die zweite Lesung des Gesetzes, wobei auch eine für das badische Land und namentlich dessen Hauptstadt wichtige Entscheidung getroffen wurde: die Genehmigung der ersten Baurate für die in Karlsruhe zu errichtende Kadettenanstalt. Die Sitzung des Schwerinstages füllte der Reichstag mit der Erörterung über die Anträge auf Abänderung der Gewerbeordnung aus. Am Freitag begann sodann das Haus die erste Lesung der Sozialistenvorlage, die heute fortgesetzt werden soll.

Von den beiden Kammern des badischen Landtages nahm die Erste Kammer am Montag ihre Arbeiten nach der Ferienpause wieder auf. Dem Hause ging ein Gesetzentwurf über die Fürsorge für Beamte in Folge von Betriebsunfällen zu; sodann beschäftigte die Kammer sich mit dem Gesetzentwurf über die Ausfertigung gerichtlicher Erbbescheinigungen, der nach längerer Debatte gemäß den Vorschlägen der Justizkommission einstimmig angenommen wurde. Die Zweite Kammer erledigte in ihrer Donnerstagsitzung das Budget der Badischen Anstalten, nachdem die Beratung über das Budget des Finanzministeriums wegen Unwohlseins des Herrn Präsidenten des Finanzministeriums von der Tagesordnung abgesetzt worden war.

Zu den gegenwärtig tagenden parlamentarischen Körperschaften in den Bundesstaaten traten am Donnerstag noch der württembergische Landtag und der Landesauschuß für Elß-Lothringen. Beide Landesvertretungen gedachten vor dem Eintritt in ihre Arbeiten auf das Wärmste Seiner kaiserlichen Hoheit des Deutschen Kronprinzen, ihre heißen Wünsche für die Wiedereröffnung des hohen Herrn auszusprechen.

In Deisterreich schloß sich am Mittwoch an die Session der Landtage die Wiederaufnahme der Arbeiten von Seiten des Reichsraths an. Die Regierung brachte an diesem Tage, wie es gleichzeitig auch von Seiten der ungarischen Regierung im Abgeordnetenhaus zu Pest geschah, eine Vorlage über die Handelsbeziehungen zu Deutschland ein. Lebhafteste Bewegung rief in den parlamentarischen Kreisen ein vom Fürsten Liechtenstein eingebrachter Gesetzentwurf betreffs des Volksschulwesens ein, der die Regelung des Volksschulwesens in der Hauptsache der Landesgesetzgebung überlassen sehen will. Die Linke kündigte, daß sie den Antrag als verfassungswidrig ansieht, für den Fall der Annahme desselben ihren Austritt aus dem Reichsrathe an. Ueberwiegend ist man jedoch der Ansicht, daß es zur Annahme des Liechtenstein'schen Gesetzentwurfes nicht kommen wird, weil die Rechte in Bezug auf den Antrag, gegen den sich auch die Regierungspresse ausspricht, getheilte Ansicht ist.

Die französische Deputirtenkammer gelangte am Donnerstag endlich zur Budgetberatung, die bereits am Montag ihren Anfang nehmen sollte, aber durch die vorangehende Erörterung mehrerer anderer Vorlagen hinausgeschoben worden war. Einiges Aufsehen erregte in Paris anfangs ein Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze bei Trieux, da derselbe in der „Agence Havas“ eine entstellende Darstellung gefunden hatte. Die näheren Mittheilungen klärten den Vorfall aber dahin auf, daß alle Schuld den französischen Unterthan Barbot traf, der beim Jagen die Grenze überschritten und seiner Verhaftung durch einen deutschen Grenzanspicher thätlichen Widerstand geleistet hatte. Von größerer Tragweite war die Nachricht von dem Abbruche der Verhandlungen wegen Vereinbarung eines neuen italienischen Handelsvertrages. Der Abbruch erfolgte, da zwischen den französischen und den italienischen Bevollmächtigten keine Einigung über den Viehzoll erzielt werden konnte. Die bekannte Anarchistenführerin Louise Michel wurde in Havre das Opfer eines Attentates; ein Lageraufseher in einem Handlungshause, namens Lucas, der für krank bezeichnet wird, schoß auf Louise Michel zwei Revolverhülsen ab, von denen einer die Michel in den Kopf traf und sie ziemlich schwer verwundete.

Zu den bemerkenswerthen Vorgängen der Woche in England gehörte namentlich die Verhaftung des irischen Parlamentsmitgliedes Cox. Der Abgeordnete für Districte, der sich bisher wegen des gegen ihn erlassenen Verhaftungsbefehls versteckt gehalten hatte, wurde am Montag in London festgenommen und seine Verhaftung nimmt eine prinzipielle Bedeutung deshalb in Anspruch, weil die

Regierung damit den Beweis lieferte, daß sie einen in Irland ausgestellten Verhaftungsbefehl wegen eines Vergehens gegen ein überwiegend irisches Gesetz auch in England für rechtskräftig erachtet. Das Vorgehen der Regierung zeigte von Neuem, daß sie mit aller Energie gegen die irischen Agitationen aufzutreten entschlossen ist. In diesem Entschlusse findet sie die Unterstützung der liberalen Unionisten. Der Schatzkanzler Gieschen dementirte in einer zu Hastings gehaltenen Rede auf das Entschiedenste alle Gerüchte von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden gouvernementalen Parlamentsparteien.

Deutschland.

* Berlin, 27. Jan. Seine Majestät der Kaiser empfing heute Vormittag Seine königliche Hoheit den Prinzen Wilhelm, Höchstwelcher sich nach seiner heute erfolgten Ernennung zum Generalmajor bei dem obersten Kriegsherrn meldete. Im weiteren Verlaufe des Vormittags nahm Seine Majestät noch eine Reihe anderer militärischer Meldungen entgegen und arbeitete sodann mit dem Chef des Militärkabinetts, General v. Albedyll. Darnach empfing der Kaiser den Kriegsminister General Bronsart von Schellendorff und arbeitete mit dem Wirkl. Geh. Rath von Wilmowski. Um 2 Uhr unternahm der erlauchte Monarch die gewohnte Spazierfahrt.

— Aus San Remo wird berichtet, daß Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz bei mildem und sonnigem Wetter seine Ausfahrten und Spaziergänge fortsetzt. Dr. Mackenzie soll Anfang nächster Woche wieder in San Remo eintreffen. Wie dem Wiener „Fremdenblatt“ aus Gries bei Bozen gemeldet wird, wurde dort Umschau nach Wohnungen für den Kronprinzen gehalten, der möglicher Weise dorthin kommen würde. Eine anderweitige Bestätigung der Nachricht steht noch aus.

— Wie oben gemeldet, ist Seine königl. Hoheit der Prinz Wilhelm an seinem heutigen Geburtstag zum Generalmajor und Kommandeur der 2. Garde-Infanteriebrigade ernannt worden. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht diese Ernennung in folgender Form: „Durch Allerhöchste Kabinettsordre ist Seine königliche Hoheit der Prinz Wilhelm unter Stellung à la suite des Garde-Infanterieregiments und Beförderung zum Generalmajor zum Kommandeur der 2. Infanteriebrigade ernannt worden. Gleichzeitig ist Höchstderseibe zum zweiten Chef des 2. Garde-Infanterieregiments ernannt worden und wird à la suite des 1. Garderegiments zu Fuß, des Grenadierregiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommersches Nr. 2) und des Seebataillons weitergeführt.“

— Gleichzeitig mit der Beförderung Seiner königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm zum Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Brigade sind noch einige andere militärische Ernennungen erfolgt. Der Oberst und Flügeladjutant v. Pleßen ist zum Kommandeur des ersten Garde-Regiments zu Fuß, Major v. Lippe von demselben Regiment zum Flügeladjutanten, Major v. Brunn zum Kommandeur des zweiten Bataillons ernannt worden. Der Kommandeur der zweiten Kavallerie-Brigade, Generalmajor v. Versen zu Potsdam, ist zum General-Lieutenant ernannt worden.

— In Neustrelitz starb dieser Tage der Generalleutnant v. Gotsch, geboren 1804 zu Aschersleben. Im Jahre 1848 zum Major ernannt, wurde v. Gotsch im folgenden Jahre als Generalstabsoffizier zum Oberbefehlshaber der nach Schleswig bestimmten Reichstruppen kommandirt. Er nahm am Sturm der Düppeler Schanzen, dem Gefechte bei Alminde ruhmvoll theil. 1864 erhielt der Berewigte den nachgekauften Abschied unter Verleihung des Charakters als Generalleutnant und Stellung zur Disposition. Am 18. Juli 1870 wurde v. Gotsch für die Dauer des mobilen Verhältnisses zum General-Staffelinspektor der 3. Armee ernannt. Noch während des Feldzuges wurde ihm das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen. Am 10. Juli 1871 trat er in das Inaktivitätsverhältniß zurück. Se. königl. Hoheit der Großherzog und der Erbgroßherzog von Mecklenburg sowie das Offiziercorps gaben dem Verstorbenen das letzte Geleit nach dem Bahnhofe, von wo die Leiche zur Beisetzung nach Merseburg gebracht wurde.

— Der deutsche Konsul in Lavallette (Malta), S. C. Ferro, ist gestorben.

— Lord Randolph Churchill hat heute früh mit seiner Gemahlin Berlin verlassen und sich zunächst nach Köln begeben, von wo aus er morgen nach Paris weiterreist.

— Der Bundesrath sah in der gestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung über die Zollbehandlung verschiedener Gegenstände Beschluß. Der beantragten Ergänzung des Entwurfs zum Reichshaushaltsetat für 1888/89 und dem zu Anuncio am 21. Juli 1887 untergerechneten Meißbe-

günstigungsverträge mit dem Freistaat Paraguay wurde die Zustimmung erteilt. Mehrere Eingaben betreffend Einrichtung einer subventionierten Postdampfschiffahrtsverbindung mit Sanfibar wurden dem Reichstanzler überwiesen. Zu dem Ergänzungsetat zum Reichshaushalt wird außer den schon bezeichneten Positionen ein Betrag von 19 800 M. für die Anstellung eines kaiserlichen Kommissars nebst Sekretär im Schutzgebiet der Marschallinseln gefordert, nachdem die Hamburger Zahnzugesellschaft sich verpflichtet hat, die Kosten der Verwaltung zu übernehmen.

Die „B. P. N.“ erklären, die preussische Seehandlung habe keinerlei Effekten der Ostpreussischen Südbahn, der Marienburg-Mlawka-Bahn und der Disconto-Kommandit-Gesellschaft in Besitz.

Dr. Paulus Kassel erklärt in einer Zuschrift an den „Börseurier“, sein Name sei ohne sein Wissen in die Diskussion über die Leitung der Stadtmission gezogen worden. Es sei ihm von einem Antrag wegen Uebernahme der Leitung nichts bekannt. Trotzdem scheint die Nachricht von einer Veränderung in der Leitung der Stadtmission sich bestätigen zu sollen. Neuerdings wird der Name des Pastors v. Bodelschwing genannt.

Ein dem Reuterschen Bureau aus New-York zugehendes Telegramm meldet, daß aus Texas 10 Tonnen Baumwollensamen seiner Qualität aus Sanfibar für die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft expediert worden, um für den Plantagenbau verwendet zu werden.

Strasburg, 27. Jan. Ueber den Vorfall an der deutsch-französischen Grenze bei Commeringen veröffentlicht die „Landes-Zeitung für Elsaß-Lothringen“ folgenden, auf Grund der amtlichen Erhebungen zusammengestellten Bericht:

Der Grenzaufseher Hahnemann von Commeringen bemerkte am 20. d. Mts. gegen 11 Uhr Vormittags auf einem Patrouillen-gang an der Grenze zwischen Commeringen und Trieux auf deutschem Gebiete, etwa 500 Meter von der Grenze, einen mit einer Blause beladenen Mann in Ausübung der Jagd begriffen, daß Gewehr schußbereit haltend. Der Mann trat aus dem Walde heraus und ging querselbst gegen Commeringen zu. Hahnemann, der denselben Mann schon eine Stunde zuvor auf französischem Gebiete jagen gesehen, schied sich an, ihn festzunehmen und schritt ihm zunächst den Rückweg ab. Als der Jäger den ihm folgenden Grenzaufseher bemerkte, lehnte er um, das Gewehr über die Schulter hängend, und eilte anfangs dem Walde, dann der Grenze in der Richtung von Trieux zu. Auf das „Halt!“ des Grenzaufsehers stellte der Jäger die Flucht ein und ging auf Hahnemann zu, eine Unterredung anknüpfend, wovon dieser, der der französischen Sprache nicht mächtig ist, nichts verstand. Da der Jäger die Zeichen des Hahnemann, daß er ihn nach Festsich bringen wolle, nicht zu verstehen schien und der Grenze zu weiter ging, faßte ihn Hahnemann am Tragriemen der Jagdtasche, worauf er vom Jäger an der Kehle gepackt und zu Boden geworfen wurde. Hahnemann überwand aber seinen Gegner, der sich des Gewehres des Grenzaufsehers bemächtigen wollte, und nahm ihm nach heftigem Ringen dessen eigenes Gewehr ab, welches geladen war. Da Hahnemann nun einen Bauern bemerkte, der in der Richtung von Trieux herbeilief, offenbar um seinem Landsmann zu helfen, entfernte er sich mit dem Gewehre, während der Jäger gegen Trieux ging. Später ergab sich, daß der Jäger der 70jährige ehemalige Jagdaufseher Nikolaus Barberot aus Trieux war. Die ganze Verfolgung des Barberot geschah auf deutschem Gebiete; auch das Handgemenge hat lebhaft innerhalb des deutschen Gebietes, etwa 6 Meter von der Grenze entfernt, zwischen den Grenzleinen 220 und 221 stattgefunden. Bei der amtlichen Ortsbesichtigung waren die Spuren des Kampfes noch genau zu erkennen und es wurde dort insbesondere ein dem Hahnemann abgerissener Knoddnopf gefunden. Der Grenzaufseher Hahnemann hat instruktionsgemäß gehandelt, da die Grenzaufseher zur Feststellung und Anzeige von Zuwiderhandlungen gegen die jagdpolizeilichen Vorschriften und von unberechtigter Jagd ausübung verpflichtet sind. Das ganze Geschehen der französischen Presse ist als zurückzuführen auf die unmaßvollen Aussagen eines ertappten Wilderers, der die Fabel erfand, als sei er über die Grenze gelockt worden, um seines Gewehres beraubt zu werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. Jan. Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht den Ausweis der direkten und indirekten Steuern im Jahre 1887. Die direkten Steuern ergaben insgesamt einen Reinertrag von 104 966 767 fl., demnach gegen 1886 ein Mehr von 3 1/2 Millionen. Die indirekten Abgaben ergaben einen Reinertrag von 184 982 229 fl., demnach gegen 1886 ein Mehr von 5 912 681 fl. — Das Wiener „Fremdenblatt“ geht heute auf die Erörterung der Frage ein, ob der Lichtenstein'sche Schulentwurf eine Aenderung der Verfassung involviere, und bejaht diese Frage. Damit dürfte der Schulentwurf als gescheitert anzusehen sein; denn wenn man den Entwurf auch so interpretieren wollte, daß er die Verfassungsbestimmungen anscheinend unberührt läßt, würde die Regierung gegen eine derartige Auslegung des Gesetzentwurfs voraussichtlich Protest erheben. Aus Prag wird übrigens gemeldet, daß Kardinal Schwarzenberg, dem ein Entwurf im Sinne des Lichtenstein'schen vorgelegt wurde, ihn ablehnte, weil in Böhmen die ezechische Geistlichkeit nicht geeignet zur Schulaufsicht sei. Die Deutschliberalen haben für nächsten Sonntag die erste öffentliche Versammlung in Wien ausgeschrieben, um einen Petitionssturm gegen den Antrag des Fürsten Lichtenstein zu organisieren. — Wie aus Pest gemeldet wird, theilte der Ministerpräsident Tisza im Unterhaus mit, er werde morgen vor Sitzungsschluß die Interpellationen betreffs der auswärtigen Politik beantworten. — Der Volkswirtschaftsausschuß des ungarischen Unterhauses nahm den Gesetzentwurf betreffs der Handelskonvention mit Deutschland an. Staatssekretär Matkovic erklärte auf Anfragen, die Regierung glaube sicher, daß es gelingen werde, mit Deutschland auf breiterer Grundlage einen Handelsvertrag abzuschließen. In der dem vorliegenden Entwurfe entsprechenden Vorlage spricht sich die deutsche Regierung in gleichem

Sinne aus. Der Zeitpunkt des Abschlusses der gegenwärtigen Konvention, welcher in Deutschland mit der Erhöhung der Getreidezölle zusammenfiel, war kein günstiger. Mit der Frage wegen Aufhebung des Identitätsverfahrens sei die Regierung ernstlich beschäftigt. Er wolle sich bei dieser Gelegenheit nicht darüber äußern, welchen Einfluß eine derartige Verfügung auf den Getreideexport Oesterreich-Ungarns hätte; zweifellos sei, daß die Freiheit des Verkehrs für den Getreidehandel vortheilhaft wäre.

Frankreich.

Paris, 27. Jan. Minister Florens empfing gestern den italienischen Botschafter Menabrea, der ihm im Namen Crispi's erklärte, daß die Nachricht vom Ausbruch der Cholera in einer Provinz Italiens unbegründet sei. Im Verlauf des Gesprächs wurde auch der Abbruch der Unterhandlungen wegen Erneuerung des französisch-italienischen Handelsvertrags berührt. „Temps“ meldet hierüber, Menabrea habe die persönliche Ansicht ausgesprochen, daß die Abberufung der französischen Bevollmächtigten einen bedauerlichen Eindruck zu machen scheine. Von Florens sei entgegnet worden, bei dem jetzigen Stand der Dinge sei es besser, daß, wenn die Verhandlungen über den Handelsvertrag wieder aufgenommen werden sollten, dieselben von Kabinet zu Kabinet und durch Vermittlung der Botschafter Menabrea und de Mouy geführt würden. — Zwischen Frankreich und England ist jetzt eine Einigung betreffs der Neuen Hebriden erzielt; das betreffende Abkommen wurde gestern von Florens und dem englischen Botschafter Lord Lytton unterzeichnet. Das Abkommen bestimmt die Vollmachten des gemischten Schiffsfahrtsausschusses, die durch Vertrag vorgesehen sind und hauptsächlich den Handel mit den Eingeborenen, sowie Seeräubereien verhindern sollen. Die französischen Militärposten sollen sofort zurückgezogen werden.

Italien.

Rom, 27. Jan. Aus Massauah wird über die gestrige Trauerfeier auf dem Hügel von Dogali noch Folgendes berichtet: Nach der Trauerzeremonie und der Ansprache des Kommandanten des Kreuzers „Bansan“ verfügte sich der kommandirende General San Marzano in die Mitte der um das Kreuz aufgestellten Truppen und sagte: Was ich zu sprechen habe, fasse ich in zwei Sätzen zusammen: Ehren wir den Muth der unglücklichen Todten und seien wir bereit, bei der ersten günstigen Gelegenheit unsere Pflicht zu thun.

Großbritannien.

London, 27. Jan. Die herannahende Parliaments-session wird in der Presse und in zahlreichen politischen Versammlungen zum Gegenstande der Erörterung gemacht. Von Seiten der Regierung wird mit Behauptung die Ansicht vertreten, daß die Session, nachdem die vorige Parlamentsstagung vorzugsweise mit Debatten über die irische Frage ausgefüllt worden ist, überwiegend englischen Angelegenheiten gewidmet sein müsse. Diese Ansicht sprach auch Matthews, der Staatssekretär des Innern, vorgehen in Birmingham aus. Vorlagen über Eisenbahntarife, Haftpflicht der Arbeitgeber, Aktiengesellschaften, technische Erziehung und Reform der Lokalregierung werden dem Parlament unterbreitet werden. Der Minister schloß seine Rede, indem er das Vorgehen der Regierung in Irland und das Verbot der Abhaltung von Volksversammlungen im Trafalgar Square verteidigte. — Die Verhaftung des irischen Abgeordneten C. O' auf englischem Boden wegen eines Vergehens gegen das irische Ausnahmegesetz liefert der Presse Stoff zu Betrachtungen über die Tragweite der Maßregel. Während die Toryblätter, sowie die Organe der liberalen Unionisten, die „Times“ voran, es völlig in Ordnung finden, daß irische Agitatoren, welche sich ihrer Verhaftung durch die Flucht nach England entzogen haben, dort verhaftet werden können, bedauern die „Daily News“, daß England, dieses große und stolze Land, ein Asyl für die Unterdrückten eines jeden Landes und Klima's, sich zum Werkzeug der Dubliner Burg herabwürdigende lasse und irische politische Verbrecher ohne weiteres des Schergen Balfour's ausliefern. Für den Ton, in den die „Daily News“ seit einiger Zeit gefallen, ist diese kleine Probe charakteristisch. Die Regierung fährt indessen fort, auf Grund des Zwangsgesetzes die irischen Agitatoren zu verfolgen, und es stehen ihr dabei die Entscheidungen der Gerichte zur Seite. Der unlängst erst aus dem Gefängnisse entlassene irische Deputirte O'Brien ist bekanntlich wegen einer aufreizenden Rede, die er nach seiner Freilassung hielt, aufs neue verhaftet worden. Heute meldet man aus Dublin, daß er wegen seines erneuten Vergehens zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist. — Hiesige Blätter bestätigen, daß der Sultan von Sanfibar an der Wassersucht schwer erkrankt ist. Die Blätter erörtern dabei die Erbfolgefrage in Sanfibar. Für den Fall des Todes des Sultans Saib Bargaah fällt sein Gebiet an seinen Neffen, den Sultan Abdul Medhid von Maskat. Ein anderer Neffe des Sultans dient bekanntlich als Lieutenant in der preussischen Armee. Seine Mutter, eine Schwester des Sultans, war mit einem deutschen Kaufmann vermählt, der sie entführt hatte. Sie lebt als Witwe in Deutschland. Ihr Sohn ist als Christ von der Thronfolge in Sanfibar ausgeschlossen.

Zeitungstimmen.

Zur Verathung über das Sozialistengesetz schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Am heutigen Tage wird der Reichstag in die Diskussion über eine Vorlage eintreten, von welcher in noch höherem Maße, als schon im Allgemeinen anzunehmen ist, daß sie lediglich im Hinblick auf das schwere Gewicht der Thatfachen, auf den hohen Ernst der Situation, von den ver-

bündeten Regierungen eingebracht worden ist. Der Reichstag sieht sich vor eine folgenschwere Entscheidung gestellt und es ist eine eindringliche Prüfung derjenigen Sachlage geboten, welche den verbündeten Regierungen die Ueberzeugung aufgedrängt hat, daß angesichts der drohenden und im Wachsen begriffenen Gefahr mit den bisher gewährten Mitteln gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht derjenige friedliche Zustand verbürgt werden kann, welcher im Interesse aller Reichsangehörigen erforderlich ist. Nun ist nicht allein von der grundfänglich nützlichen Presse der „freisinnigen“ Opposition, sondern auch unverkennbar in wohlmeinender Absicht von anderer Seite der Vorschlag gemacht worden, man solle jetzt nur eine kurze Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes eintreten lassen und sich in der Zwischenzeit auf die Rückkehr zum gemeinen Rechte vorbereiten. Seit 10 Jahren wird über diese Rückkehr debattirt, und bis heute ist noch kein Vorschlag bekannt geworden, der in weiteren Kreisen Billigung gefunden hätte. Dieser Umstand allein sollte doch die Ueberzeugung hervorgerufen haben, daß mit den Schuttmitteln, welche das gemeine Recht gewähren kann, Ausnahmestufen gegenüber, auf die es eben nicht berechneter ist, nicht auszukommen ist. Sehr zutreffend verglich in diesem Sinne ein konservatives Blatt die Bestrebungen der Sozialdemokratie mit dem Kriege; wie im Kriege der Regierung unbedingte Vollmacht erteilt werde, so bedürfe sie auch im Kampfe gegen diese gesellschaftsfeindliche Agitation besonderer Mittel. Das Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung läßt gerade den jetzigen Zeitpunkt für äußerst unglücklich gewählt erscheinen, um mit derartigen Verhören vorzugehen; der sozialdemokratische Parteitag in St. Gallen hat gezeigt, wie die revolutionäre Richtung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie wiederum einen Vorsprung gewonnen hat, und die von den Sozialdemokraten freilich behaupteten prinzipiellen Unterschiede zwischen ihnen und dem Anarchismus dürften angesichts der Thatfache, daß sozialdemokratische Führer sich nicht entblödeten, für ihre anarchisirenden Freunde in Chicago einzutreten, um sie vor der wohlverdienten Todesstrafe zu retten, wohl kaum mehr aufrecht erhalten werden können. Alle Anzeichen sprechen ferner dafür, daß die Verbindung zur revolutionären Bekämpfung des modernen Staates immer mehr einen internationalen Charakter annimmt und daß auch andere Staaten sich gezwungen sehen werden, dem Beispiel Deutschlands und Oesterreichs nachzufolgen. So lange man sich nicht dazu versteht, den Vorschlägen zur Rückkehr auf den Boden des gemeinen Rechts eine greifbare Gestalt zu geben, so lange nur allgemeine Wünsche nach solcher Rückkehr geäußert werden, hat das gar keinen praktischen Werth, sondern kann nur den Zweck verfolgen, zur Bewusstseinsbildung für diejenigen zu dienen, welche die Verantwortung für die Ablehnung des Gesetzes damit abzuschwächen versuchen wollen, daß sie auf jene vagen Vorschläge als positive Maßnahmen hinweisen. Der Schein aber genügt nicht, und es ist die Hoffnung wohl berechtigt, daß aus parlamentarischen Kreisen entweder positive Vorschläge darüber, wie die Rückkehr zum gemeinen Recht gesetzlich normirt werden könne, gemacht werden, oder aber sich die überwiegende Mehrheit des Reichstages auf den Boden stellt, welchen die verbündeten Regierungen mit ihrer Vorlage betreten haben.

Als Anlaß des neuesten Vorfalles an der deutsch-französischen Grenze äußert das „Wiener Fremdenblatt“: „So paradox es auch klingen mag, so möchten wir doch behaupten, daß die häufige Wiederkehr von Zwischenfällen an der deutsch-französischen Grenze ihre gute Seite hat. Aus der Art, in welcher die deutsche Diplomatie diese kleinen Ereignisse behandelt, wenn sie vor ihr Forum kommen, muß das französische Publikum endlich erkennen, daß dieselbe doch keineswegs so schlimm ist, wie sie ihm dargestellt wird. Wäre es wahr — so muß sich selbst der misstrauischste Spießbürger in der Provinz und selbst der aufgelegte Boulevardier in Paris sagen — daß der Reichskanzler die Verhaftung Schnäbels und später die Erschießung eines Treibers in den Vogesen persönlich angeordnet hat, um das arme Frankreich zum Kriege zu treiben, so hätte er nicht in beiden Fällen nachgegeben, das erste Mal Schnäbel wieder freigelassen, obwohl er ein patriotischer Spion war, und das zweite Mal der Witwe des Treibers nicht eine Geldentschädigung gezahlt, die sie noch verlangt würde. Wäre es wahr, daß er im Falle Schnäbel nur darum zurückgewichen ist, weil irgend eine fremde Macht ihm, wie man sich dies in den französischen Kaffeehäusern vorstellt, den ungerechten Angriff nicht erlaubt hat, wozu hätte er dann den Fall Kauffmann herbeiführt? Er mußte doch nun schon im Vorhinein wissen, daß er seine schwarzen Pläne nicht werde ausführen dürfen.“

In einem Pariser Berichte der „Straßburger Post“ heißt es in Betreff des Zwischenfalles an der Grenze: „Glücklicherweise hat sich diesmal die öffentliche Meinung noch nicht so leicht in Harnisch bringen lassen, wie beim Florentiner Feldzug. Der alberne Verlauf des letzteren scheint die Leute doch etwas vorichtiger gemacht zu haben. Ja, man darf zu hoffen wagen, daß seit dem Florentiner Fall die Zahl derjenigen gewachsen ist, welche so denken: je öfter wir mit dem einen oder dem andern Nachbar anbinden, desto schneller und gründlicher werden wir in Europa vereinstelt werden. Man sieht immer mehr ein, daß die Presse, welche die auswärtigen Dinge ohne Ruhe, Klugheit und Würde behandelt, dem Lande und dem Frieden einen sehr schlechten Dienst erweist. Namentlich die gegen den italienischen Ministerpräsidenten Crispi geführte leidenschaftliche, maßlose Sprache hat viele kampfhaft verschlossene Augen lebend gemacht. Wird die Erkenntniß gründlich und anhaltend sein?“

Das „Leipziger Tageblatt“ schließt eine Betrachtung über den Zwischenfall mit den Worten: „Frankreich weiß, daß Deutschland nicht überfallen werden kann, daß seine militärischen Hülfsmittel unerschöpflich sind, weil sie das Ergebnis einer seit Jahrzehnten bestehenden Organisation bilden. Die neueste Ausdehnung der Wehrpflicht auf eine Reihe von Jahrgängen des Landsturms und der Landwehr, welche derselben bisher entbunden waren, hat den Feinden Deutschlands gezeigt, daß wir vor keinem Opfer zurückzusehen, um den Kampf um unsere Existenz bis auf's Äußerste zu kämpfen, und das maq auch den abenteuerlichen Eroberungsplänen unserer Nachbarn einen Strich durch die Rechnung machen. Die Wägung der Franzosen gegenüber dem Falle Barberot darf als Barometeranzeige dafür dienen, daß man in den leitenden Kreisen Frankreichs den sicheren Frieden den unsicheren Folgen eines großen Krieges vorzieht.“

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 28. Jan. 20. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: der Präsident Groß, Ministeriums der Finanzen, Geheimrath Ellstätter, Geh. Referendar Zittel und Ministerialrath Seubert.

Das Sekretariat gibt den Einlauf folgender Petitionen bekannt:

- 1. Bitte der Gemeinden Bilsingen und Stein um Errichtung einer Haltestelle in Bilsingen; übergeben von dem Abg. Frank.
2. Bitte des Stadtraths zu Forzheim, die Regelung des Verkehrs am Brettener Bahnübergang betr.; übergeben von dem Abg. Kraatz.
3. Bitte der Stadtgemeinde Markdorf um Errichtung eines Amtsgerichtssitzes in Markdorf.
4. Bitte der Stadtgemeinde Meersburg um Wiedererrichtung des Amtsgerichts daselbst.
5. Bitte der Gewerbetreibenden der Gemeinde Ling, Amts Rchl., den Bau einer Lokalbahn von Rchl nach Lichtenau bezw. Bühl betr.
6. Bitte des Gasthofbesizers Müller in Heidelberg um Beschränkung der Wirtschaften auf eine der Bevölkerung entsprechende Zahl.

Die Petitionen unter 3, 4 und 6 werden der Petitionskommission, die übrigen der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

Der Präsident macht von dem Einlauf einer Denkschrift der Fürstl. Fürstenbergischen Domänenkanzlei über die anlässlich des Vollzugs des Gesetzes vom 2. Mai 1886, die Abänderung der Gemeindeordnung bezüglich der Ausbringung des Gemeindeaufwandes betr., zu Tage getretenen Mängel Mitteilung.

Urlaub wird bewilligt: dem Abg. Kraft zwecks fernerer Theilnahme an den Verhandlungen des Reichstags, dem Abg. Dreher wegen häuslicher Verhältnisse.

Kommissionen werden gebildet für den Gesetzentwurf, die Ausstellung gerichtlicher Erbseignungen betreffend und den Gesetzentwurf, die geschlossenen Hofgüter betr. Zum Vorstand der ersteren Kommission wurde der Abg. Mays, zum Vorstand der letzteren der Abg. Frech und zum Berichterstatter über beide Gesetzentwürfe der Abg. Lauck ernannt.

Das Haus tritt darauf in die Erledigung der heutigen Tagesordnung ein und werden auf Verichterstattung des Abg. Hennig die Ausgabebücher des Budgets Groß. Ministeriums der Finanzen I (Ministerium), II (Generalstaatskasse), III (Baubehörden), IV (Aufwand auf Centralstaatsgebäude), XII (Allgemeiner Remunerationsfond), XIV (Verschiedene und zufällige Ausgaben) und auf Verichterstattung des Abg. Pfister die Ausgabebücher des selben Ministeriums IX (Münzverwaltung), X (Allgemeine Kassenverwaltung), XI (Schuldenentilgung), XII (Pensionen), sowie die Einnahmehücher V (Münzverwaltung) und VI (Allgemeine Kassenverwaltung) nach den Anträgen der Budgetkommission fällmliche genehmigt.

Erörterungen knüpfen sich an die folgenden Titel an und ergriffen hiezu die Nachstehenden das Wort:

Zu Tit. III (Baubehörden) die Abgg. v. Stoesser, Gessel, Blankenhorn, Frech, Strauß, Pfister, und wiederholt Geheimrath Ellstätter.

Zu Titel X (Allgemeine Kassenverwaltung) Abg. Kriehle, der Berichterstatter und namens der Großh. Regierung Ministerialrath Seubert.

Zu Tit. XI (Schuldenentilgung) § 132 (Dotation der Eisenbahnschuldenentilgungskasse) die Abgg. Friderich, Lamey, Gerber, Bekinger, der Berichterstatter und Geheimrath Ellstätter.

Im Verlauf der Debatte über die letztgenannte Position, welche eine längere Ausdehnung gewann, übernahm an Stelle des an der Diskussion sich beteiligenden Präsidenten Lamey der Erste Vizepräsident Friderich zeitweilig den Vorsitz. Die Position selbst wurde nach dem Regierungsvorschlag in Uebereinstimmung mit dem Kommissionsantrag mit allen gegen die Stimme des Abg. Gerber angenommen.

Zu Tit. XII (Pensionen) wurde eine Bemerkung des Abg. Kübler über die den Lehrern zu gewährenden Alterszulagen und Pensionen durch den Präsidenten als nicht zur Diskussion gestellt zurückgewiesen.

Es folgte das schriftliche Referat des Abg. Müller-Belchingen über die Bitte der Firma Schabel u. Henning u. Gen. in Bruchsal um Errichtung eines eisernen Uebergangstegs beim dortigen Bahnhof und wird nach einer von dem Abg. Schmitt-Bruchsal, Schneider und Klein-Wertheim geführten Debatte, an welcher sich seitens der Großh. Regierung Geh. Referendar Zittel beteiligte, der namens der Petitionskommission gestellte Antrag auf empfehlende Ueberweisung der Petition an Großh. Regierung einstimmig angenommen.

Fernerhin erstattete der Abg. Kübler gleichfalls namens der Petitionskommission schriftlichen Bericht über die Bitten

- a) der Gemeinden Hugelheim, Zienten und Zunzingen um Ausdehnung des Lokalzugsverkehrs von Krozingen bis Mühlheim mit Haltestelle in Hugelheim;
b) der Gemeinde Thunsel, sowie der Gemeinden Balkrechten, Bremgarten mit Weinstetten, Feldkirch, Galleweiler und Bettelbrunn in demselben Betreff mit Haltestelle in Thunsel;
c) der Gemeinde Eschbach im selben Betreff mit Haltestelle in Eschbach,

und wurden die genannten Petitionen dem Antrage der Kommission entsprechend ebenfalls einstimmig der Großh. Regierung zur Kenntnissnahme überwiesen. An der an diesen Gegenstand der Tagesordnung sich anknüpfenden Diskussion beteiligten sich die Abgg. Blankenhorn und Marbe und namens der Großh. Regierung Geh. Referendar Zittel.

Um 1 Uhr erfolgte durch den Präsidenten der Schluß der Sitzung. Ausführlicher Bericht wird nachfolgen.

* Karlsruhe, 28. Jan. 21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den

30. Januar, Vormittags 11 Uhr. 1. Anzeige neuer Einlagen. 2. Bericht der Petitionskommission über die Erledigung der auf dem letzten Landtag eingekommenen, den einzelnen Ministerien überwiesenen Petitionen, Berichterstatter: Abg. Frey. 3. Beratung von Petitionsberichten: a. die Bitte der Vorshufvereine des Unter- und Oberbadiſchen Genossenschaftsverbandes um Abänderung der Bestimmungen des Einkommen- und Gewerbesteuergeſetzes, Berichterstatter: Abg. Klein von Weinheim; b. die Bitte der Gemeinden Jesietten, Altenburg, Lottstetten, Berwangen, Balterſweil und Dettighofen um Wiedererrichtung eines Amtsgerichts im vormaligen Amtsort Jesietten, Berichterstatter: Abg. Strübe; c. die Bitte der badiſchen Bezirksärzte um Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß, Berichterstatter: Abg. Strübe.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 28. Januar.

Heute Vormittag hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog verschiedene Vorträge, empfang dann den Professor Dr. Hans Meyer aus Leipzig und nahm die Meldung nachbenannter Offiziere entgegen: des Obersten von Dittman, Kommandeur des 1. Badiſchen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109; des Oberstleutnants von Beulwitz, Kommandeur des 1. Badiſchen Leib-Dragoner-Regiments Nr. 20; des Hauptmanns von Trotha und des Premierleutnants Weese, Beide vom 1. Badiſchen Leib-Regiment Nr. 109.

Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Präsidenten von Regenauer und des Legationssekretärs Freiherrn von Babo und besuchte dann den Vortrag des Professors Dr. Hans Meyer — über seine im Sommer 1887 stattgehabte Reise in Ostafrika, insbesondere seine Besteigung des Kilima-Ndjaro.

Nachmittags traf Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Bourbon aus Baden-Baden bei den Großherzoglichen Herrschaften hier ein.

Zglr. (Mittheilungen aus der Stadtrathsſitzung) von gestern. Es wird zur Kenntniß gebracht, daß der Reichstag die Errichtung einer Kadettenanstalt in der Stadt Karlsruhe beschloſſen habe. Von Seiten der königl. Militär-intendantur werden im Auftrage des königl. Kriegsministeriums wegen der Erbauung derselben einige Verpflichtungen verlangt, die erfüllt werden sollen. — Das Großh. Ministerium des Inneren hat auf Veranlassung des königl. Generalkommandos daher die Entferrnung der Kasse von der Infanteriekaserne in Anregung gebracht. Es wurde beschloſſen, die gesamte Kasse vom Frühjahr des Jahres 1889 ab auf den Festplatz zu verlegen, und die Restkommission um die Vorbereitungsarbeiten ersucht. — Ein Gesuch des Intendantursekretärs Otto Werner um Aufnahme in den Großh. badiſchen Staatsverband wird Großh. Bezirksamt empfehlend vorgelegt. — Desgleichen erfolgt unbeantwortete Vorlage bezüglich der Wirtschaftskontrollen des Stefan Halblaub, Karl Hollenweger, Karl Winter und Jakob Ziegler.

Verschiedenes.

— Straßburg, 28. Jan. (Die Bauhätigkeit in unserer Stadt) beginnt sich wieder zu regen. Zwar lassen die Nachfröste ein regelrechtes Aufmauern nicht zu, dagegen wird im Innern der in der letzten Hälfte des vergangenen Jahres emporgeschloſſenen Häuser wacker gearbeitet und namentlich Gypfer und Schreiner haben dort eine Menge Arbeit zu vollbringen. In der Goetheſtraße hat die Bauhätigkeit im letzten Sommer die meisten Früchte getragen, denn sie zählt zur Zeit schon zwölf Neubauten, welche der Bauunternehmer Petiti eben so schnell als geschmackvoll aufgeführt hat, und es wird gar nicht lange mehr dauern, daß dieselbe vollständig ausgebaut sein wird. In der Universitätsſtraße hat sich das neue zoologische Institutgebäude bis über die Erdgeschosshöhe erhoben, und es steht zu erwarten, daß der Bau mit Ende dieses Jahres unter Dach kommt. Im Innern des Kaiserpalastes sind die Gypfer und Schreiner thätig. Die Aufwindung der großen Figuren soll, wie es heißt, im Laufe der kommenden Woche vorgenommen werden. Zur Zeit werden die Vorbereitungen dazu getroffen. Die zum Contades führende namenlose Straße besitzt auch schon einige Häuser, so daß deren Benennung nicht länger ausgesetzt werden kann und wohl demnächst erfolgen wird. Ferner sind im Spittelgarten einige neue Häuser an zwei bestehenden Wegen, in dessen keineswegs den in dem genehmigten Stadtplane eingezeichneten Straßen angepaßt, entstanden. Da dieselben aber auf freiem Baugelände stehen, das von keiner der dort geplanten Straßen benutzt werden wird, so konnten die Bauten ohne Anstand ausgeführt werden. Die bedeutendste Bauhätigkeit konnte somit im nordöstlichen neuen Stadttheile beobachtet werden.

W. Rom, 28. Jan. (Ehrung.) Heute wurde im Kapitol die Marmorbüste des verstorbenen Professors Henzen in Gegenwart des stellvertretenden Bürgermeisters Jolumio, sowie von Mitgliedern des Deutschen Archäologischen Instituts enthüllt.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

* Konstanz, 28. Jan. (Privattelegramm.) Der Würdiger Greiner, welcher am 19. November in Zimmendingen mehrfachen Mord verübte, ist vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt worden.

Berlin, 28. Jan. Der Reichstag setzte heute die Beratung der Vorlage über die Verlängerung des Sozialistengesetzes fort. Abg. v. Helldorf sprach zu Gunsten der Vorlage, indem er ausführte, die sozialdemokratische Partei sei keine Reformpartei, sondern eine Umsturzpartei, und wer die Grundlagen des Staates nicht anerkenne, verdiene vom Staate in die Acht gethan zu werden. Der sächſiſche Bundesbevollmächtigte, Geh. Rath v. Held, rechtfertigte das Verfahren der sächſiſchen Behörden gegen die sozialistischen Agitatoren und empfahl gleichfalls die Annahme der Vorlage. Bamberger polemisierte in einer längeren Rede gegen das Geſetz. Er erklärte, es sei keine Inkonsequenz, wenn er auf Grund zehnjähriger Erfahrungen gegen das Geſetz stimme, für das er vor 10 Jahren gestimmt habe.

Minister v. Puttkamer repliziert, Bambergers Rede mache den Eindruck, als wolle er den Sozialisten Schritt für Schritt sekundieren; es geschehe dies wohl aus Gründen der Wahlpolitik. Auf einen Wink Babels würden die Freisinnigen, die unbedingt abhängig von den Sozialisten seien, die Hälfte ihrer Mandate verlieren. Er könne nur wiederholen, daß das Geſetz von den verbündeten Regierungen einhellig als notwendig erkannt werde. Die Gründe, die vor 10 Jahren dafür bestimmend gewesen seien, beständen noch heute. Was die Expatrirung anlange, so habe Bamberger seinerzeit auch für das Jesuitengesetz gestimmt.

München, 28. Jan. Die Kammer der Reichsräthe genehmigte den Eisenbahnetat nach den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten. Auf eine Anfrage Buhl's erklärt Minister v. Crailsheim, die Angelegenheit der Gründung einer Altersversorgungskasse für die pfälzischen Bahnen sei keineswegs schon spruchreif. Die Regierung stehe der Angelegenheit wohlwollend gegenüber, es handle sich aber um Privatbahnen, betreffs deren Altersversorgungskassen bisher weder das Reich noch Bayern Stellung genommen habe.

Straßburg, 28. Jan. Der hiesige Färbereibesizer Appel ist gestern verhaftet worden.

Bern, 28. Jan. Der Bundesrath verbot wegen anarchistischer und sozialistischer Umtriebe den deutschen Reichsangehörigen Hauptmann Ehrenberg, Emil Schopen, Ignaz Meßler und Christian Haupt den Aufenthalt auf schweizerischem Gebiet. Der Bundesrath spricht ferner gegenüber der Regierung die bestimmte Erwartung aus, sie werde dafür sorgen, daß die Veröffentlichungen der Dffizin des „Sozialdemokraten“ sich innerhalb der Schranken ruhiger und sachlicher Diskussion halten und Aufreizungen, Beschimpfungen und beleidigende Ausfälle vermeiden. Der Bundesrath behält sich jederzeit das Einschreiten gegen die Beteiligten vor.

Wien, 28. Jan. (Privattelegramm.) Tisza erklärte, die Dispositionen der Mächte seien der Friedenserhaltung günstig, die Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn, die auf fester Grundlage beruhen, unverändert. Oesterreich-Ungarn erstrebe die Sicherung eines den Interessen der Monarchie entsprechenden Friedens (vergl. das Pesther Privattelegramm an der Spitze des Blattes).

Pest, 28. Jan. Im Abgeordnetenhaus erwiderte auf die Interpellation der Ministerpräsident Tisza, es sei nicht der geringste Grund vorhanden, an der bona fide der zur Erhaltung des Friedens und der eigenen Sicherheit verbundenen Mächte zu zweifeln. Infolge verschiedener Truppenlokationen in Rußland und der Verschiebung der Truppen in der Richtung der Grenzen der österröichischen Monarchie erschien es, ohne daß man irgend einen Zweifel in die friedfertigen Erklärungen des Kaisers von Rußland zu setzen brauche, unter Vermeidung jeden Scheines der Provokation als Pflicht, dafür zu sorgen, daß für alle Fälle dasjenige geschehe, was zur Sicherung der Grenzen für die Wehrfähigkeit der Arme notwendig und erforderlich ist.

Das Bündniß der mitteleuropäischen Mächte war nie etwas anderes, als ein entschiedenes Friedensbündniß auf defensiver Basis, dem jedes aggressive Vorgehen fernstehe. Es sei zu hoffen, daß es den friedliebenden Monarchen und Regierungen gelingen möge, den Frieden zu erhalten und Europa von dem schwer lastenden Gefühle der Unsicherheit zu befreien.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Table with columns: Januar, Barom. mm, Therm. in C., Windst. in mm, Relative Feuchtigk. in %, Wind, Himmel. Data for 27. Nachts 9 U., 28. Morgs. 7 U., 28. Mittags 2 U.

1) Schnee 7.6 mm der letzten 24 Stunden. 2) Schnee.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 28. Jan., Morgs. 3.09 m, gestiegen 1 cm.

Uebersicht der Witterung. Ein Minimum, welches gestern Abend über Danemark lag, ist südwärts nach dem centralen Deutschland fortgeschritten, über der deutschen Nordsee hümische Nordostwinde erzeugend. Ueber Deutschland ist bei meist schwacher Luftbewegung das Wetter trübe und erhebtlich kälter; fast überall ist Schnee gefallen. In ganz Deutschland und Oesterreich-Ungarn herrscht wieder Frostwetter. Schneehöhe in Kiel 8, in Wiesbaden 3 cm. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 28. Januar 1888.

Table with columns: Staatspapiere, Subventionen, Berlin, Wien, Paris. Lists various financial instruments and their corresponding market values.

Todesanzeige.

2478. Durlach. Tiefbetrübt widmen wir theilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die Trauermeldung, daß unser innigst geliebter Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Adolf Dups sen.
Bau- und Maschinenbauingenieur.
heute, Vormittags 9 Uhr, von seinem schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst wurde.
Um stille Theilnahme bitten,
Durlach, den 28. Januar 1888,
Die trauernden Hinterbliebenen.

Öffene Arztstelle.

2448.2. Einzeim, Amt Baden. In Folge Wegzugs unseres praktischen Arztes ist diese Stelle wieder zu besetzen. Die Stabs-Gemeinde Einzeim, über 3600 Seelen zählend, bietet für einen strebsamen jungen Arzt eine gesicherte Existenz und steht demselben in mehreren Nachbargemeinden, woselbst sich keine Ärzte befinden und die nicht über eine Wegstunde von hier entfernt sind, noch eine weitere lohnende Praxis zu Gebote. Von Seiten der Gemeinde ist ein jährliches Honorar von 600 M. für Armenbehandlung bestimmt. Die Behandlung der Mitglieder der gemeinsamen Krankenversicherung betrug bisher jährlich ca. 800 M. Die Stelle kann bis 1. März l. J. besetzt werden. Gefällige Anerbieten unter Angabe, wie lange der sich anbietende Arzt schon praktiziert, wollen bis längstens den 15. Februar l. J. bei dem Gemeinderath dahier gemacht werden, welcher gerne bereit ist, noch nähere Auskunft zu erteilen.
Einzeim, den 25. Januar 1888.
Der Gemeinderath.
Walter.
vdt. Hillert.

Griechische Weine.

2.624.4. Vorzügliche Tisch-, Süß- u. Krankenweine.
1 Kiste mit 12 grossen Flaschen in 12 Sorten
19 Mark.
J. F. Menzer.
Neckargemünd.
Ritter des Kgl. Griech. Ordens.

Gute Original-Fische,
kleinere Sumoresken, Komische Gedichte, kleine lustige Novellen werden gut honoriert. Offerten unter Chiffre M. M. durch die Buchhandlung von U. Deisinger in Stuttgart. 2.818.

Als Architekten empfehlen sich
Carjel & Moser
Akademiestr. 13,
Karlsruhe.
2.392.2.

Apotheker Heissbauer's
schmerzstillender Zahnkitt
zum Selbstplombiren hohler Zähne befreit nicht bloß den Zahnschmerz rasch und auf die Dauer, sondern verhindert bei rechtzeitiger Anwendung durch den vollständig feinen Verschluß der kranken Zahnhöhle das Auftreten des Schmerzes überhaupt und unterdrückt das Weiterfortschreiten der Fäulnis. — Zu beziehen in **Karlsruhe:** Löwenapotheke, sowie in den Apotheken in Durlach, Ettlingen und Rastatt. 2.955.9.

Verkäufe
von Grundstücken, Fabriken, Häusern, Gütern, Maschinen und allen sonstigen Gegenständen werden durch uns rasch mit Ausführung der Adresse oder Offerten-Annahme durch uns am zweckentsprechendsten und billigsten vermittelt durch die älteste Annoncen-Expedition **Haasenstein & Vogler** in Karlsruhe welche, wenn gewünscht, auf Grund näherer Angaben bezüglich der Abfassung der Inserate und Auswahl der geeignetsten Zeitungen den zuverlässigsten Rath erteilt.
2.723.1.

Wilde See-Enten
in Fibern à Stück 50 Pfennig 4 Stück = 1 Postcolli liefert
J. F. Ohms, Burg a. Demar.
2.385.3.

Apfelwein!! 1887r! vorzüglich! glanzhell! absolut rein! lieblich mild!

100 Liter 28 Mark, pro Liter 30 Pf., von 25 Liter ab. **Ottocar Martinsen.** Apfelwein-Versandgeschäft, **Gernsbach** in Baden. 2.668.3.

Im grossen Museumssaale.
Montag den 30. Januar 1888, Abends 7 1/2 Uhr:
Recitation

von **Emil Drach.**

- Programm:**
- 1. J. V. von Scheffel: Bergpalmen. — Ausfahrt. Sturm. Nebel. —
 - 2. Heinrich Vierordt: a. Das Flügeltropf. (Eber und Balladen.) b. Wagner. c. Rouget de Flisle. (Neue Balladen.) d. Götterheimehr. e. Sanion. f. Abschied von Griechenland. (Athanusblätter.)
 - 3. Emil Drach: Moira, ein Trauerspiel.
 - 4. J. V. von Scheffel: Aus „Frau Aventüre“: Irregang. (Fahrende Leute.) Tanzlieder I—III. (Heinrich von Ofterdingen.) Aus dem „Trompeter von Säckingen“: Lieber jung Werners.

Preise der Plätze:
Saal num. M. 2.—, Saal unnum. M. 1.—, Galerie unnum. M. —50.
Billete sind bei Herrn Carl Dregenz, Groß. Postleierant, Kaiserstraße 76, sowie Abends an der Kasse zu haben.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr. 2.806.

J. Stüber

Betten-Fabrik & Ausstattungs-geschäft
Karlsruhe
20 Karl-Friedrichstraße 20.



Specialität:
Vollständige Betten
jeder Art und Preislage.
Neu verbessertes Anéroidbarometer
mit vervollkommneter Scala zum leichten Ablesen der Devisen. Die veränderten und besten, die es gibt. Garantieerte. Prachtvolle hölzerne Ausführung der Rahmen mit dauernd haltbarem Goldbraunverzierungen. — Gefelicht geschickt.
Anéroidbarometer Nr. 201 mit Thermometer und vervollkommneter Scala in geschliffenen Holzrahmen M. 12.50. Feinblech, auch für Theatergebrauch, schwarze Dpmit, mit Glas und Rahmen, M. 12.50. Elegante Theaterglas, fein vergoldet, mit Glas M. 14.— Große Auswahl in Modell-Dampfmotoren, Laterna magica u. Illustrierte Kataloge gratis und franco. 2.40.40.
Verfandt gegen Nachnahme oder vorherige Einfindung.
Optisch-oculistische Anstalt
Emil Willer.
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 82a.

Vererbung von Pflastersteinen.
Das Nichten von Pflastersteinen im städtischen Steinbruch bei Ettlingen für das Jahr 1888 soll vergeben werden. Die Bedingungen hierüber liegen in unserm Bureau auf und können daselbst jederzeit eingesehen werden.
Endtermin der Vergebung ist am 14. Februar 1888, Vorm. 9 Uhr.
Karlsruhe, den 25. Januar 1888.
Stadt. Wasser- und Straßenbauamt.
Schüd.

Bürgerliche Rechtspflege.
Öffentliche Justizung.
2.481.1. Nr. 809. Jahr. Der Waldhüter Karl Babb von Heiligenthal, als Prozessvormund des unehel. Kindes der ledigen Franziska Babb von da, Namens Ferdinand Babb, klagt gegen den Unterlehrer Karl Seib von Heiligenthal, s. Zt. an unbekanntem Orten in Amerika, aus Alimentationsanspruch, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung eines vom 30. Mai 1887 beginnenden, bis zum vollendeten 14. Lebensjahr des Ferdinand Babb zu zahlenden wöchentlichen Ernährungsbeitrags von 1 M. 20 Pf., vorauszahlbar in vierteljährlichen Raten, und vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urtheils, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Groß. Amtsgericht zu Fahr auf
Dienstag den 20. März 1888, Vormittags 9 Uhr.
Zum Zweck der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Fahr, den 27. Januar 1888.
Galer.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
Öffentliche Bekanntmachung.
2.477. Karlsruhe. In dem Konkurs des Kaufmanns Heinrich Peter von hier soll Schlussvertheilung erfolgen. Bei einem verfügbaren Massenbestand von 4953 M. 45 Pf. sind zu berücksichtigen 52 M. bevorrechtigte und 81,797 M. 36 Pf. Forderungen ohne Vorrecht.
Karlsruhe, 27. Januar 1888.
Der Konkursverwalter:
W. Werke.

Beschlüssenheitsverfahren.
2.463.1. Nr. 1913. Offenburg. Karl Fien von Marlen ist vor etwa 19 Jahren nach Amerika ausgewandert und hat seit dieser Zeit keine Nachricht mehr von sich gegeben. Derselbe wird auf Antrag aufgefordert, binnen Jahresfrist seinen derzeitigen Aufenthaltsort anzuzeigen, ansonst er für verfallen erklärt und seine nachmöglichen Erben in fürsorglichen Besitz seines Vermögens eingewiesen werden.
Offenburg, den 24. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: C. Veller.

2.463.1. Nr. 409. Bühl. Groß. Amtsgericht hat heute verfügt: „Der am 23. Mai 1842 geborne Tagelöhner Wilhelm Gredel von Bühlertal, welcher im Jahre 1870 nach Amerika ausgewandert ist und seit 1872 keine Nachricht mehr von sich gegeben hat, wird auf Antrag seiner Geschwister nun aufgefordert, sich innerhalb Jahresfrist anzuzeigen oder Kunde von seinem Aufenthalt hierher gelangen zu lassen, widrigenfalls er für verfallen erklärt und sein Vermögen seinen mutmaßlichen Erben in fürsorglichen Besitz gegeben werde.“
Bühl, den 21. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Voss.

Entmündigungen.
2.483. Nr. 931. Kenzingen. Die ledige Rosa Busch von Riegel wurde durch richterliches Erkenntnis vom 24. d. Mts., Nr. 926, wegen Gemüthschwäche gemäß R. M. E. 489 entmündigt und heute Landwirth Josef Vogele von Riegel als Vormund für dieselbe ernannt.
Kenzingen, 26. Januar 1888.
Groß. bad. Amtsgericht.
Mayer.

2.482. Nr. 954. Kenzingen. Karolina Denzler ledig, geboren am 2. Oktober 1866, von Riegel, wurde durch richterliches Erkenntnis vom 24. d. M., Nr. 927, wegen Gemüthschwäche im Sinne des R. M. E. 489 entmündigt. Dieses wird hiermit gemäß § 68 C d. Ges. d. d. f. d. Beamten der freier Gerichtsbarkeit bekannt gemacht.
Kenzingen, 26. Januar 1888.
Groß. bad. Amtsgericht.
Mayer.

Erbeinweisungen.
2.416.2. Nr. 1684. Freiburg. Von Groß. Amtsgericht Freiburg wurde unterm Deutigen verfügt:
Theresia, geb. Wagner von Kirchzarten, hat, nachdem die gesetzlichen Erben auf die Erbschaft verzichtet haben, um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres am 16. November 1887 verstorbenen Ehemannes, Pirschenwirths Josef Scherer von dort, gebeten.
Etwas Einsprachen gegen dieses Gesuch sind innerhalb vier Wochen anher vorzubringen.
Freiburg, den 21. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Wagner.

2.442.2. Nr. 3898. Heidelberg. Die Witwe des Gastwirths Kilian Michael Depyich, Karolina, geb. Naug von Mönchzell, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes gebeten. Diesem Gesuch wird entsprochen, wenn nicht innerhalb sechs Wochen Einsprachen hiergegen erhoben werden.
Heidelberg, den 23. Januar 1888.
Groß. bad. Amtsgericht.
Büchner.

Dies veröffentlicht
Braunau, Gerichtsschreiber.
2.447.2. Nr. 1905. Offenburg. Die Witwe des Landwirths Valentin Gble, Katharina, geb. Hoffleter von Schutterwald, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes gebeten. Diefem Gesuch wird stattgegeben, wenn Einsprachen dagegen binnen vier Wochen nicht erfolgen.
Offenburg, den 25. Januar 1888.
Groß. bad. Amtsgericht.
Der Gerichtsschreiber: C. Veller.

Handelregistereinträge.
2.404. Nr. 1102. Bruchsal. Zu D. 3. 168 des Gesellschaftsregisters Firma Koltenz u. Schäfer in Langenbrücken wurde heute eingetragen:
Der Gesellschafter Josef Schäfer in Langenbrücken ist mit Tod abgegangen; das Cigarrenfabrikationsgeschäft wird unter der bisherigen Firma von dem Gesellschafter Johann Georg Koltenz in Langenbrücken allein fortbetrieben.
Bruchsal, den 19. Januar 1888.
Groß. bad. Amtsgericht.
E. von Stodhorner.

2.465. Nr. 535. Ettlingen. Zu D. 3. 141 des Firmenregisters, Firma Leopold Kasenberger in Ettlingen, wurde heute eingetragen: Die Firma ist erloschen.
Ettlingen, den 23. Januar 1888.
Groß. bad. Amtsgericht.
Ribstein.

2.466. Nr. 1364. Rastatt. In's Firmenregister unter D. 3. 264 wurde heute eingetragen: Die Firma Emil Haug in Rastatt, verheirathet mit Elise Hagmann von Bauerbach, ohne Errichtung eines Ehevertrags.
Rastatt, den 26. Januar 1888.
Groß. bad. Amtsgericht.
Farenshon.

2.470. Nr. 680. Wertheim. In Ordn. 3. 170 des diesseitigen Firmenregisters wurde heute folgender Eintrag gemacht:
„F. Albertsche Buchhandlung in Wertheim.“
Inhaber der Firma ist Franz Albert, Photograph in Würzburg.
Dem Buchhändler Bernhard Albert dahier ist Procura erteilt.
Wertheim, den 21. Januar 1888.
Groß. bad. Amtsgericht.
Jüdle.

Strafrechtspflege.
2.824.1. Nr. 1.083. Durlach. Daffner Wilhelm Rebmann, geboren am 1. Oktober 1857 zu Wilsbergingen, zuletzt wohnhaft in Wilsbergingen, wird beschuldigt, als Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein. — Uebertragung des § 360 R.-St. G. B.
Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hier selbst auf Montag den 12. März 1888, Vormittags 9 Uhr, vor das Gr. Schöffengericht zu Durlach zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der St. P. O. von dem Königl. Landwehrbezirkskommando zu Karlsruhe unterm 17. Januar 1888 ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.
Durlach, den 26. Januar 1888.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Sigmund.

Berm. Bekanntmachungen.
2.823. Karlsruhe.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Zum Schiffsch-Südwestdeutschen Tarifheft Nr. 3 ist mit Gültigkeit vom 1. Februar der Nachtrag IV ausgegeben worden.
Durch denselben wird u. A. die badi-sche Station Engen in den direkten Verkehr einbezogen.
Karlsruhe, den 27. Januar 1888.
General-Direktion.

2.822.1. Nr. 496. Lauda.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Bahnban Sach- u. Waldbüren.
Die Herstellung der Erd- u. Maurerarbeiten zu einer Kopferladerampe auf Station Waldbüren, veranschlagt zu 723 Mark, soll im Submissionswege in Afford gegeben werden.
Angebote wollen bis längstens Mittwoch den 8. Februar d. J., Nachmittags 2 Uhr, auf dem Baubureau in Buchen eingereicht werden, woselbst Pläne und Bedingungen zur Einsicht aufliegen.
Lauda, den 25. Januar 1888.
Der Groß. Bahnbaupinspector.
2.458. Nr. 27. Waldshut.

Bekanntmachung.
Mit Ermächtigung Gr. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues werden gemäß Art. 7 der Landesberlichen Verordnung vom 11. Sept. 1883 alle Eigenthümer von Regenschiffen auf der Gemarung Gesslingen, zu deren Gunsten Grunddienstbarkeiten bestehen, öffentlich aufgefordert, am Montag dem 6. f. M., Vormittags 9 Uhr, im Rathhaus in Gesslingen mir diese Dienstbarkeiten unter Anführung der Rechtsurkunden beifügigen Eintrag in das Lagerbuch zu bezeichnen.
Waldshut, den 26. Januar 1888.
Eisele, Bezirksgeometer.

2.459. Nr. 28. Donaueschingen.
Bekanntmachung.
Zur Auffüllung des Lagerbuchs von der Gemarung Ochsenminnen wird mit höherer Ermächtigung Lagerfahrt auf die Tage von Montag den 6. Februar bis Samstag den 11. Februar d. J., jeweils von Vormittags 9—12 und Nachmittags 2—6 Uhr, in das Rathhaus zu Donaueschingen anberaumt.
Gemäß Art. 7 der Landesberlichen Verordnung vom 11. September 1883 werden die Eigenthümer derjenigen Regenschiffen, zu deren Gunsten Dienstbarkeiten bestehen, aufgefordert, dieselben unter Anführung der Rechtsurkunden in obiger Lagerfahrt zu bezeichnen.
Donaueschingen, 27. Januar 1888.
Der Lagerbuchschreiber:
A. Hegler, Bezirksgeometer.

2.475. Nr. 1373. Waldkirch.
Bekanntmachung.
Den Dekovision- und Inzidentienbüro bei Gr. Bezirksamt Waldkirch betr.
Die diesseitige Inzidentienstelle mit einem Jahresgehalte von 700 M. wird bis 1. März erledigt. Bewerber wollen sich unter Zeugnisvorlage innerhalb 10 Tagen melden.
Waldkirch, den 25. Januar 1888.
Groß. bad. Bezirksamt.
D. Bed.